

KOMMENTAR

Der Skinhead in uns

Immer mehr Jugendliche, die in einer Subkultur »schlagfertiger« Männlichkeit leben, skandieren »Ausländer raus!« und gehen auf Fremde los. Der militante Skinhead bekommt dafür Beifall und darf sich bei seinen fremdenfeindlichen Aktionen ermutigt fühlen.

Heinz Steinert

Was tut so ein Skinhead eigentlich, wenn er, wie kürzlich in Rostock, aber weniger spektakulär auch zu anderen Zeiten und an anderen Orten, gegen „Fremde“ losgeht? Er versucht, „fremde“ Arme zu vertreiben. Es geht nicht einfach um „Fremde“: Das „Kempinski“ am Kurfürstendamm in Berlin, das voll mit „Fremden“ ist, wurde noch nie von Skinheads belagert und wird das auch nicht werden. Es geht um Arme: Wenigstens die „fremden“ Armen sollen draußen bleiben.

Er weiß, daß viele Leute das ähnlich sehen. Manchmal applaudieren sie ihm sogar unmittelbar. Die wollen nicht unbedingt, daß den „Fremden“ wirklich etwas geschieht. Aber erschreckt und eingeschüchtert sollen sie schon werden. Und vor allem die Politiker sollen merken, daß das Volk sich nicht alles gefallen läßt. Die Politiker sollen sich zuerst um die „Einheimischen“ bemühen. Schließlich werden sie von denen gewählt. Sie sollen den „Inländern“ die Konkurrenz vom Hals schaffen und die Steuergelder für sie verwenden, nicht für „Fremde“.

Auf der nächsten Stufe kann sich dieses Ressentiment nationalistisch, sogar rassistisch organisieren. In der Gruppe finden sich Kürzel für die „Fremden“: „Türken“, dann „Kanaken“; in der Gruppe wird das Kämpfen organisiert und das spektakuläre Auftreten vor den Kameras; in der Gruppe wird Ansehen nach der Härte im Reden und im Gehaben verteilt, auch nach den Kampf-Erfolgen, über die man

reden kann. Die muß man sich dann verschaffen, sonst kann man nicht mitreden. In den Prügeleien erfährt man, wie „gemein“ und „brutal“ die anderen kämpfen, aber auch, wie „feig“ sie sind. Man erfährt, daß man in der Gruppe viel mehr wert ist als allein. Es ist viel einfacher, sich mit „Siegen“ der Gruppe und ihr Zugehöriger zu identifizieren, als sie unbedingt selbst haben zu müssen. Zum Erzählen und Sich-Aufblasen genügt es dann, daß man dabei war oder auch nur dazu gehört. Man muß nicht alles selber durchmachen und kann trotzdem imponierend auftreten.

Eventuelle Polizei-Erfahrungen zeigen, daß die zwar besser ausgerüstet sind, aber zu weniger Risiko bereit. Wenn man hart ist und sich nicht isolieren läßt, hat man eine reelle Chance. Die Bindung an die Gruppe verstärkt sich also. Nach einer Strafe ist man noch mehr auf die Gruppe angewiesen, denn dort ist sie etwas wert, Teil der Kampf-Erfahrungen, nach denen man jetzt beurteilt wird – statt nach Auto, Wohnung, beruflichem Vorankommen und ähnlichen Erfolgen, oder gar nach Bildung, Wissen, Freundlichkeit und ähnlichen Schwächen, die man verachten muß. Das Leben ist Kampf. Man muß hart sein.

Viele gehen bekanntlich nicht so weit. Bei weitem nicht jeder Jugendliche, der am Stammtisch Fremdenfeindliches absondert, hat deshalb irgendwelche Lust, sich in einer Bande oder gar einer neonazistischen politischen Gruppierung

organisieren zu lassen. Das ist den meisten viel zu anstrengend – und auch zu blöd. Sich mit Zeichen der Zugehörigkeit zu einer nicht so verbindlichen Kategorie zu versehen, das hingegen ist attraktiv. Von Identitätsfragen abgesehen, trägt das die Phantasie, damit im Bedarfsfall auf Mitkämpfer rechnen zu können – die gelegentlich sogar aufgeht. Wichtiger ist, daß man dadurch Wehrhaftigkeit und Gefährlichkeit nach außen suggeriert und sie daher nicht auf die Probe gestellt bekommt. Wenn die Zugehörigkeitszeichen in Uniformierungen bestehen, hat das den Vorteil, daß man sie nach Bedarf an- und ablegen kann. Die Glatze ist schon ein Stück verbindlicher: Sie braucht Monate zum Verschwinden. Daher stiftet sie auch stärkere Verbindungen unter einander und dezidierte Ängste bei den anderen.

Wie kommt es eigentlich, daß so viele Leute meinen, das Leben sei Kampf? Ist es denn wirklich so? Das Leben ist in diesem Wirtschaftssystem Konkurrenz – auf dem Markt und um die staatlich (um)verteilten Leistungen. Die Frage ist, wie wir uns zu denen verhalten, die in dieser Konkurrenz durchfallen, den Armen zum Beispiel. Ist es selbstverständlich, daß denen besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung zusteht? Oder ist es eher so, daß sie selbst Schuld sind, lästig, sich Leistungen womöglich nur erschleichen wollen?

Wie diese allgemeine Haltung ist, läßt sich gut an der Art ablesen, wie in der Öffentlichkeit mit Forderungen nach Strafe umgegangen wird. Staatliches Strafen – das heißt, Politik damit zu machen, daß man Bürger, und zwar in der überwältigenden Mehrheit die ohnehin schon Benachteiligten, die Ärmsten unter ihnen, schädigt, ihnen Rechte nimmt, ihnen Geld entzieht, sie ausschließt.

Zur Zeit, als dies geschrieben wurde, Ende August 1992, wurden in Österreich innerhalb weniger Tage folgende Strafforderungen öffentlich erhoben und diskutiert:

Der Gesundheitsminister (SPÖ) startete eine Kampagne gegen das Tabakrauchen. Neben anderen her-

vorragenden Ideen gab es den Vorschlag, Schwangere, die rauchen, zu einer Entziehungskur zu verpflichten und Renitente unter diesen mit einer Kürzung des Geldes zu bestrafen, das in Österreich nach einer vorschriftsmäßig ärztlich begleiteten erfolgreichen Schwangerschaft ausgezahlt wird. Wenige Tage später mußte er vor dem Protest der Frauen diese Strafphantasie zurückziehen.

Ein parlamentarischer „Sicherheits Sprecher“ (FPÖ) hatte aus nicht genannten polizeilichen Quellen (daher auch nicht überprüfbar) vorläufige Zahlen kriminalstatistischer Art zu veröffentlichen, nach denen die Kriminalität in Wien von einem Jahr aufs andere um mehr als 20% gestiegen sei. Der Wiener Bürgermeister (SPÖ) wußte nicht anders zu kontern, als indem er dem Innenminister (ebenfalls SPÖ) Vorwürfe machte, daß die versprochenen „tausend Polizisten mehr“ in Wien noch immer nicht auf der Straße seien.

Ein Altpolitiker (ÖVP) forderte die Schaffung eines eigenen „Sozialstrafrechts“ gegen z.B. Schwarzarbeit von arbeitslos Gemeldeten, natürlich auch gegen Firmen, die illegal Ausländer anstellen. Der ganze Bereich sei zu systematisieren und einheitlich zu kodifizieren. Und natürlich muß es ordentliche Strafen geben. Die möglichen Kosten müssen höher sein als der Gewinn aus solchen Vergehen. Aus den „Sozialschmarotzern“ wären damit „Sozialkriminelle“ geworden.

Kleinere und weniger innovative Aktionen dieser Art laufen ohnehin die ganze Zeit, und nicht nur in Österreich: Die populistischen Parteien der „neuen Rechten“ versuchen laufend, „Unsicherheit“ und „Kriminalität“ (bevorzugt von Ausländern) zum Angstthema und die zu milden Strafen und die Behinderungen der Polizei durch „liberale“ Politiker zur Ursache dafür zu machen. Juristen äußern die Besorgnis, daß das viel zu wenig eingesetzte Instrument der „Konfliktregelung“ das staatliche Strafen untergraben könnte. In Österreich wird die Einrichtung einer eigenen Verkehrspolizei diskutiert, die sich aus den eingehobenen Strafgeldern selbst finanzieren soll. Und selbstverständlich wird über

das militärische Eingreifen in Bosnien (in Österreich ein Rasseln mit fremden Säbeln) per „Strafexpedition“ diskutiert. Und daß gegen die neuen Rechten „härter durchgegriffen“ werden muß, ist ohnehin (auch und gerade unter sogenannten „Antifaschisten“) selbstverständlich. Nicht nur außenpolitisch sind konsequent pazifistische Positionen spätestens seit dem Golfkrieg auch in der intellektuellen „Linken“ zusammengebrochen, innenpolitisch sind sie es erst recht.

In der Bundesrepublik ist diese Bereitschaft, im Zweifel mit der Drohung des staatlichen Strafens zu hantieren, eher noch höher als in Österreich. Zumindest zeigt ein Institut wie das der vorbeugenden Inhaftierung, das einzelne Länderrechte kennen, oder auch das, was kürzlich als Gesetz zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität verabschiedet wurde, daß die Scheu vor den polizeistaatlichen Mitteln nicht sehr groß ist. Die USA oder Großbritannien wären die noch besseren Beispiele dafür, wie sehr es (westlich) weltweit üblich geworden ist, soziale Probleme unter dem Aspekt von „Recht und Ordnung“ zu sehen und sie mit den zugehörigen Mitteln anzugehen, statt sie unter der Perspektive von Wirtschafts- und Sozialpolitik zu analysieren.

Man muß, wie die Palette der Beispiele zeigt, noch gar nicht zu den populistischen „starken Männern“ der Zeitungen und der Parteien gehen, um allenthalben dem bedenkenlosen Ruf nach dem staatlichen Knüppel zu begegnen. Damit geht verloren, was zu Zeiten schon Konsens in den öffentlichen Stellungnahmen war: Staatliches Strafen ist das letzte, nicht das erste Mittel von Politik. Wenn einem gar nichts mehr einfällt, wenn die Hilflosigkeit total ist, dann kann man in Gottes Namen auch an Strafen denken. Honorig ist das selbst dann nicht. (Nicht zuletzt, weil Politiker dafür bezahlt werden, gute Ideen zu haben, und nicht dafür, hilflos zu sein.)

Erinnern Sie sich noch, worauf dieser Konsens beruhte?

Auf der Einsicht, daß Strafen gewöhnlich das Problem nicht löst, nicht einmal der angerichtete Scha-

den wird dadurch kompensiert, eher wird die Wiedergutmachung behindert;

– daß es bevorzugt die Ungeschickten und Mittellosen trifft, damit oft die ohnehin schon am stärksten Benachteiligten;¹

– auf dem Wissen, daß wir uns mit dem leichten Mittel der (oft wirkungslosen) Strafandrohung die soziale Phantasie für die Suche nach wirklichen Lösungen der Probleme beschneiden;²

– schließlich auf der historischen Erfahrung, daß das staatliche Strafen, das heißt, die staatliche Benachteiligung und der soziale Ausschluß von Staatsbürgern, ein gefährliches Instrument ist, das zumindest nicht gedankenlos und selbstverständlich gehandhabt werden darf.

Wie können denn so einfache Einsichten, an denen ja nichts ungültig geworden ist, wieder verlorengehen?

Die gesamte vom reichen Westen und fernen Osten dominierte Weltwirtschaft hat mehr als ein Jahrzehnt der von Reagan und Thatcher eingeleiteten und besonders forcierten Politik der Deregulation hinter sich. (Und diese Politik ist keineswegs zu Ende. Sie wird angesichts der nicht mehr zu leugnenden sozialen Kosten jetzt nur ein wenig vorsichtiger verfolgt.) Zu ihr gehört eine Haltung der hemmungslosen Bereicherung (wenn es geht) und der Durchsetzung des Stärkeren in der Konkurrenz. Wer nicht mithalten kann, ist eben nicht geeignet zur Teilnahme am Spiel und bekommt zum Schaden auch noch die milde Verachtung. Manchmal ist die Verachtung auch weniger milde und steigert sich zur Verurteilung von „Sozialschmarotzern“.

Nachdem sich zugleich der Aufbau praktisch aller westlichen Gesellschaften (und neuerdings verstärkt durch die Folgen des Zusammenbruchs der kommunistischen Regime) so verändert hat, daß eine unterste Unterschicht entstanden ist, die immer mehr aus Ausländern besteht,³ verbindet sich die Ablehnung und Verachtung der Armen locker mit der von „Fremden“. Unter denen, die sich benachteiligt und besonders übermächtiger Konkurrenz ausgesetzt fühlen, benützen die mit immerhin einheimischem Paß und dem Ge-



»Man muß, wie die Palette der Beispiele zeigt, noch gar nicht zu den populistischen ›starken Männern‹ der Zeitungen und der Parteien gehen, um allenthalben dem bedenkenlosen Ruf nach dem staatlichen Knüppel zu begegnen.«

fühl von zumindest „Eingesessenheit“, wenn schon sonst nichts groß vorzuweisen ist, diese Ablenkung der Verachtung auf die „fremden Armen“, um ihr selbst noch einmal zu entgehen – wenigstens unter ihresgleichen und sich selbst gegenüber.

Deshalb ist uns das Strafen so selbstverständlich geworden: weil uns der Armut gegenüber nichts anderes einfällt, als die Armen hinauszuwerfen und draußen zu halten. Denen gegenüber, die unter den gegebenen Regeln der Konkurrenz (auch der internationalen Konkurrenz) keine Chance haben, fallen uns in erster Linie abwertende und ausschließende Maßnahmen ein.

Und deshalb können sich Jugendliche, die ohnehin in einer Subkultur von „schlagfertiger“ Männlichkeit leben, nachgerade „beauftragt“ fühlen, es den Politikern zu zeigen: „Ausländer raus!“ heißt genauer (und in der Ex-DDR besonders) „Schafft zuerst den versprochenen Wohlstand für uns Einheimische!“ Anders und ausführlicher gesagt: „Wenn eure Politik schon darauf hinausläuft, daß das Leben und die Konkurrenz hart sind, dann erwartet nicht von uns, daß ausgerechnet wir, die ohnehin Bedrängten, plötzlich teilen und extra Schwierigkeiten verarbeiten und dabei noch freundlich sein werden. Nicht mit uns. Wir zeigen euch vielmehr, was ‘Härte’ ist. Erst sind wir selbst dran.“ Fremdenfeindlichkeit beruht auf der Forderungshaltung derer, die sich von Wirtschaft und Politik selbst im Stich gelassen fühlen und in der Folge solche Haltungen auch stellvertretend („populistisch“) aufnehmen.

Deshalb ist es auch nur eine Neuauflage des verlogenen „Gewalt-Diskurses“, den wir in der „Terrorismus“-Zeit so gut kennengelernt haben, wenn nun die „Gewalt“ („rückhaltlos“, „grundsätzlich“, u.ä.) verurteilt, gleichzeitig aber laut darüber nachgedacht wird, wie man die Armen effektiver draußen halten könnte. So lange grundsätzlich die Stimmung verbreitet wird, daß (nur) den Tüchtigen die Welt gehört und daß die „Versager“ erstens sehen müssen, wo sie bleiben, und das zweitens aber zudem außerhalb unserer

Sichtweite, so lange wir Armut und ihre Folgen am liebsten mit sozialem Ausschluß behandelt sehen wollen, so lange kann und wird sich der Skinhead zu seinen fremdenfeindlichen Aktionen ermutigt fühlen.

Anmerkungen:

- 1 Am Beispiel der tabakrauchenden Schwangeren: Schon jetzt erfüllen nur ziemlich desorganisierte Mütter die Bedingungen des Mutter-Kind-Passes nicht, also solche, die es besonders schwer haben und besonders Hilfe bräuchten. Von der geplant gewesenen Raucherinnen-Klausel wären nur die getroffen worden, die blöd genug gewesen wären, sich auf Befragen als Raucherinnen zu deklarieren, die Unin-

- formierten also – denn welcher Arzt will und soll das überprüfen?
- 2 Wenn wir wirklich wollten, daß auf den Straßen weniger gerast wird, könnten wir damit beginnen, daß wir besonders schnellen Fahrzeugen ohne Drosselung die Zulassung verweigern.
- 3 Damit ist ein Gesellschaftsaufbau entstanden, in dem die unterste Schicht nicht nur wirtschaftlich schlecht dran, sondern auch politisch rechtlos ist – ein Zustand, wie wir ihn zuletzt im 19. Jahrhundert, vor der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts hatten.

Prof. Dr. Heinz Steinert lehrt Soziologie an der Universität Frankfurt am Main, leitet das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Wien und ist Mitherausgeber dieser Zeitschrift

VERFASSUNGSDEBATTE

Offensive Frauenpolitik

Die Forderung nach einem Grundrecht auf freie Entscheidung über eine Abtreibung ist nur ein Punkt der Verfassungsdebatte aus weiblicher Perspektive (NK 3-91). Welches sind weitere kritische, besonders reformbedürftige Themen für zukünftige Frauenpolitik?

Monika Frommel

Im April 1990 hat die Arbeitsgruppe „Neue Verfassung der DDR“ des Runden Tisches der Öffentlichkeit einen Verfassungsentwurf vorgestellt. Im September 1990 tagte in der Paulskirche in Frankfurt die Initiative „Frauen für eine neue Verfassung“. Am selben historischen denkwürdigen Ort stellte etwa ein Jahr später das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund deutscher Länder“ einen Verfassungsentwurf vor. In den neuen Bundesländern werden Länderverfassungen diskutiert und konzipiert.

Es gab eine Verfassungsdebatte im Bundesrat, die am 24. September 1991 zu einem Beschluß führte, den Föderalismus zu stärken, insbesondere auch im Hinblick auf Europa, Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen und das Sozialstaatsprinzip zu konkretisieren. Letzteres zielt auf die problematische Diskussion über soziale Grundrechte auf Wohnung und Arbeit. Bis Ende 1992 wird ein „Verfassungsrat“ mit je 32 Mitgliedern aus Bundestag und Bundesrat einen Verfassungsentwurf erarbeiten.

Schon ein flüchtiger Blick zeigt, daß die bereits geführte Diskussion im Bundesrat und die zu erwartende Verfassungsdebatte in dem geplanten „Verfassungsrat“ weit hinter den Erwartungen zurückbleiben wird, die basisdemokratische Minderheiten am Runden Tisch, in der Initiative „Frauen für eine neue Verfassung“ und das Kuratorium artikuliert haben. Es erscheint mir daher sinnvoll, zwei Ebenen zu trennen, die basisdemokratische Diskussion, die langfristig einen Bewußtseinsprozeß bewirken kann, und eine institutionalisierte Politik, die in einzelnen Punkten zu einer Verfassungsänderung mit Zweidrittel-Mehrheit führen kann.

Die Forderung nach einer Verfassungsdebatte aus der Sicht von Frauen muß nicht bedeuten, daß wir darauf hoffen und vertrauen, es werde tatsächlich zu einer Verfassungsänderung kommen. Es erscheint mir wichtig zu sein, zunächst einmal das geltende Verfassungsrecht aus weiblicher Perspektive zu interpretieren. Ich erwarte also von einer Verfassungsdebatte keine kurzfristige Veränderung von Politik und Recht, sondern einen langfristigen Bewußtseinsprozeß. Welches sind die kritischen, besonders reformbedürftigen Themen für künftige Frauenpolitik?

Das Dilemma der Spätaufklärung

Alle westlichen Verfassungen enthalten Freiheits- und Gleichheitsrechte für alle Bürger. Die Bürgerin wird nur insoweit mitgedacht, als sie als Gewerbetreibende die häusliche Sphäre verläßt und in die Öffentlichkeit tritt. Das westliche Verfassungsdenken ignoriert also in einem sehr weitgehenden Sinne die Lebenswelt der Frauen. Sie wird eher dem privaten Leben zugerechnet. Verrechtlichungen gelten folglich als eher problematische Eingriffe in Freiheitsräume. Um diese These plausibel zu machen, beginne ich mit einer Passage aus der Rechtslehre des idealistischen Philosophen Immanuel Kant (1724-1804). Er ist einer der wichtigen Repräsentanten einer liberalen Rechtslehre, wobei für Deutschland charakteristisch ist,